

Baden, 30. April 2019

## **Der Stadtrat an den Wohnerrat**

**08/19**

**Anfrage Thomas Amrein vom 12. Februar 2019 betreffend besserer Betreuung der Steuerzahler mittels Steuerberatung; Antwort**

---

### **1 Ausgangslage**

Herr Thomas Amrein hält in seiner Anfrage vom 12. Februar 2019 fest, dass der Service Public in der Stadt Baden unter Druck geraten sei. Der Anfrager schlägt deshalb verschiedene Massnahmen vor, um einen Paradigmenwechsel zu erreichen.

### **2 Antworten**

*Frage 1: Wie kann sichergestellt werden, dass der Service Public in der Finanzabteilung langfristig eingeführt werden kann?*

Die Fragestellung nach der Einführung des Service Public suggeriert, dass bisher kein Service Public in der Finanzabteilung bestand. Dem Service Public-Gedanken wird bisher im Sinn des Leitbilds der Stadt Baden "Kompetent, Offen, Persönlich und Flexibel" nachgelebt. Verschiedene Rückmeldungen an die Abteilung Öffentliche Finanzen bestätigen das. Wenn ein neuer Ansatz verbunden mit neuen Aufgaben geprägt werden soll, sind die Fachabteilungen gern bereit, diesen mit zusätzlich zur Verfügung zu stellenden Pensen auszubauen.

*Frage 2: Wie kann Aufklärung im Bereich Steueroptimierung für Zuzüger, Einheimische, neue Einzelunternehmen oder Kollektivgesellschaften sichergestellt werden?*

Gesetzliche Aufgabe der Fachabteilung Steuern ist lediglich die Prüfung der eingereichten Unterlagen. Die bewilligten Stellenpensen würden für zusätzliche Aufgaben nicht ausreichen. Für eine Steuerberatung müsste eine neue Abteilung geschaffen werden. Diese würde jedoch in direkter Konkurrenz zu den Steuerberatern stehen. Zudem ginge die Stadt Baden das Risiko von Haftungsklagen bei falscher oder nicht umfassender Beratung ein.

Wenn dem Anliegen des Anfragers nachgelebt werden soll, könnte dies in vereinfachter Form – wie von ihm als Variante vorgeschlagen – durch Gutscheine erfolgen. Da umfassende Steuerberatungen schnell mehreren hundert Franken kosten, dürfte ein Gutschein von CHF 100 pro Steuerzahler und Firma angemessen sein. Damit alle Gruppen erreicht werden, müsste das Giesskannenprinzip angewendet werden. Dies würde der Stadt Baden bei über 12'500 steuerpflichtigen natürlichen Personen und über 1'500 juristische Personen pro Jahr rund ca. CHF 1,5 Mio. zusätzliche Kosten verursachen.

*Frage 3: Wie werden die Sensibilisierung der Bevölkerung und die Informationen zum Thema bessere Betreuung der Steuerzahler sichergestellt?*

2018 führte die Fachabteilung Steuern für alle Steuerpflichtigen eine Informationsveranstaltung zu verschiedenen Steuerthemen durch. Wenn das Angebot ausgebaut werden soll, ist es auch hier eine Frage der Stellenpensen und der Kosten. Werden solche Veranstaltungen gewünscht, kann die Fachabteilung Steuern ein Team von Referenten zusammenstellen. Da auch in diesem Gebiet viele private Anbieter bereits Kurse anbieten, würde die Fachabteilung Steuern in direkter Konkurrenz zur Privatwirtschaft stehen.

*Frage 4: Sieht der Stadtrat Regulierungsbedarf und wenn ja, wo?*

Der Stadtrat wird vom Einwohnerrat regelmässig daran erinnert, dass er seine bisher gewachsenen Strukturen konsolidieren oder sogar reduzieren soll. Wird der Service Public mit anderen Gemeinden verglichen, fällt Baden positiv auf. Ein latenter Bedarf an zusätzlichem Service wird nicht erkannt.

\* \* \* \* \*

**Beilage:**

- Anfrage von Thomas Amrein